

EU-INFO

Stadtentwicklung ■ Finanzpolitik ■ Wohnungs- und Immobilienwirtschaft ■ Strukturpolitik

Inhalt Ausgabe April 2010:

	Seite
THEMA DES MONATS	2
Kommission definiert ihre strategischen Prioritäten für 2010 und die folgenden Jahre	
AKTUELLES AUS POLITIK UND GESETZGEBUNG	4
Erörterung „Europa 2020“ im Rat	
Europäische Woche für nachhaltige Energie - EU Sustainable Energy Week	
Gebäuderichtlinie in deutscher Sprache veröffentlicht	
Weißbuch zum Klimawandel im Parlament behandelt	
Konsultation zum europäischen Normungssystem	
Konsultation zum Statut der Europäischen Gesellschaft eingeleitet	
STÄDTISCHE UND TERRITORIALE ENTWICKLUNG	8
Bericht zur Umsetzung der Kohäsionspolitik veröffentlicht	
Neue Evaluierung der Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2000-2006 veröffentlicht	
EU-Regionalpolitik: eine Investition in die Regionen	
Investitionsförderung von Städten und Regionen durch EIB	
Debatte über europäische Makroregionen im Ausschuss der Regionen	
WOHNUNGS- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT	11
EuGH-Urteil: Öffentliche Grundstücksveräußerungen von der Vergaberichtlinie ausgenommen	
FINANZMÄRKTE UND FINANZIERUNGSFRAGEN	12
Stellungnahme der deutschen Kreditwirtschaft zur CRD IV Konsultation	
AKTUELLES AUS DER FÖRDERLANSCHAFT / VERANSTALTUNGEN	13
Projektauftrag für Förderprogramm Intelligente Energie für Europa 2010	
Bewerbungsauftrag „RegioStars-Award 2011“	
INTERREG IV B: Neuer Projektauftrag für den Kooperationsraum „Mitteleuropa“	
ESPON: Ankündigung Projektausschreibungen und Informationstag in Brüssel	
Konferenz „Mutual Learning on social and housing exclusion“	
Lesung in Brüssel zum Wohnen im Alter	

Herausgeber:



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

André Rydykowski (ry)

T: +32 2 550 16 10

E: a.rydykowski@deutscher-verband.org



Dr. Jürgen Galonska (ga)

T: +32 2 550 16 11

E: galonska@gdw.de



Julia Schöne (sc)

T: +32 2 550 16 18

E: Julia.Schöne@bfw-bund.de



Gero Gosslar (go)

T: +32 2 550 16 14

E: gosslar@vgf-online.de



VERBAND DEUTSCHER
PFANDBRIEFBANKEN
1 Immobilien - 1 Staat - 1 Schriftführung

Wolfgang Kälberer (kä)

T: +32 2 732 46 38

E: kaelberer@pfandbrief.de

Die Kommission definiert ihre strategischen Prioritäten für 2010 und die folgenden Jahre

Obwohl erst sechs Wochen im Amt, gab die Europäische Kommission am letzten Märztag 2010 ihre strategischen Prioritäten und ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 und die folgenden Jahre bekannt, um zum einen rasch der wirtschaftlichen Krise zu begegnen und zum anderen Europa im Interesse der Bürger voranzubringen. Sie gliedert ihre künftige Arbeit in eine Liste legislativer bzw. nicht-legislativer Vorschläge, die auf jeden Fall noch 2010 angegangen werden, die ab 2011 umgesetzt werden sollen, die Vereinfachungen bestehender Regelungen darstellen und die schließlich die Streichung obsoleter Regelwerke beinhalten. Für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, die Finanzwirtschaft und die Regionen und Kommunen können dabei insbesondere folgende Maßnahmenvorschläge relevant sein:

a) Strategische Initiativen für 2010:

- eine Mitteilung zur Errichtung eines Systems einer stärkeren Politikkoordinierung und Überwachung (2. Quartal),
- ein Gesetzgebungsvorschlag zur besseren Transparenz und Stabilität des Derivate-Marktes (2.Quartal),
- Mitteilungen und Arbeitspapiere zum Energie-Infrastruktur-Paket (4. Quartal) und
- die Vorlage des fünften Berichtes zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion (4. Quartal).

b) Indikative Maßnahmen und Initiativen für 2010 ff. ohne zeitliche Fixierung:

- eine Mitteilung zur Analyse der Implementierung einer 30-%igen Reduktion von Emissionen und eine daraus abgeleitete legislative Initiative,
- eine Roadmap für eine emissionsarme Wirtschaft bis 2050,
- eine Mitteilung zur Überarbeitung des Energie-Effizienz-Aktionsplans,
- die Vorlage eines Interim-Dokuments für den Vorschlag eines Energie-Aktions-Plans 2011 bis 2020 sowie einer Roadmap für ein emissionsarmes Energie-System bis 2050,
- die Überprüfung des 6. Umwelt-Aktions-Programms für die Periode 2002-2012,
- ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Wasser-Effizienz in Gebäude,
- eine Mitteilung zu einer Halbzeitbetrachtung des Small Business Act für Europa,
- eine Mitteilung zur Corporate Social Responsibility,
- die Revision der Regeln für Kredit-Rating-Agenturen,
- eine Mitteilung zum öffentlichen Auftragswesen mit Blick auf die EU-Ziele Innovation, emissionsarme Investitionen, soziale Angelegenheiten, Energieeffizienz etc.,
- eine legislative bzw. nicht-legislative Initiative zu Konzessionen,
- eine Mitteilung zu „best practices“ von Hypothekengewährungen,
- ein Grünbuch (2010) und ein Weißbuch zur Fortentwicklung von e-Ausschreibungen,
- eine Revision der Rechnungslegungsvorschriften im Sinne einer Vereinfachung und Modernisierung der Berichtspflichten,
- Gesetzgebungsvorschläge zum Regionalfonds und zum Kohäsionsfonds ab 2014,
- ein Bericht zur Umsetzung der Kohäsionspolitik 2007-2013,
- Mitteilungen zum Beitrag der Kohäsionspolitik zu einer nachhaltigen Entwicklung und zu einer wissensbasierten Wirtschaft,
- ein Gesetzgebungsvorschlag für den 8. Forschungsrahmenplan ab 2014,

APRIL 2010: THEMA DES MONATS

- eine Mitteilung zu einem qualitativen Rahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse,
- eine Evaluierung und die Revision des 2005-Pakets zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse,
- die Revision einer Energie-Steuer-Richtlinie in Anpassung an die Europa-Strategie 2020,
- ein Grünbuch zu einer neuen Mehrwertsteuer-Strategie und
- ein Legislativvorschlag für eine gemeinsame Körperschaftssteuer-Grundlage.

c) Vereinfachungsvorschläge:

- Revisionen der Statute für die Europäische Genossenschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die Arbeitnehmerbeteiligung (2011/12) sowie die Sitzverlagerung bei der SE,
- die Überarbeitung der 4. und 7. Richtlinie im Interesse von kleinen und mittleren Unternehmen (2011) und
- ein Richtlinienvorschlag für eine Harmonisierung der Ausnahmeregelungen des Mehrwertsteuersystems (2011/12).

Das Dokument ist unter [Arbeitsprogramm der Kommission](#) abrufbar. (ga)

Erörterung „Europa 2020“ im Rat

Die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf ihrem Frühjahrsgipfel am 25. und 26. März 2010 über die wesentlichen Elemente der neuen europäischen Strategie für Beschäftigung und Wachstum (kurz: Europa 2020) verständigt. Danach sollen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Ziele unter Berücksichtigung der Kernziele festlegen und dabei ihrer jeweiligen Ausgangslage und ihren nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die neue Strategie soll die wesentlichen Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum auf nationaler und auf EU-Ebene angehen, einschließlich derjenigen, die mit dem Funktionieren des Binnenmarkts und der Infrastruktur zusammenhängen. Ferner sollen die Mitgliedstaaten nationale Reformprogramme erstellen, in denen sie detailliert darlegen, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der Strategie planen, und insbesondere erläutern, wie sie ihre nationalen Ziele erreichen und die Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum auf nationaler Ebene beseitigen wollen.

Besonders betont wird, dass die Strategie durch alle gemeinsamen Politiken, darunter die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik, unterstützt werden muss. Der Europäische Rat betont, wie wichtig es ist, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern sowie die Infrastruktur auszubauen, um zum Erfolg der neuen Strategie beizutragen.

Der Rat wird sich abschließend mit dieser Strategie auf seinem Gipfel im Juni 2010 befassen. (ga)

Europäische Woche für nachhaltige Energie - EU Sustainable Energy Week

In der Woche vom 22. bis zum 26. März 2010 stand die Europahauptstadt Brüssel ganz im Zeichen nachhaltiger Energie. Im Rahmen der Kampagne „Sustainable Energy Europe“, die 2005 auf Initiative der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission eingeleitet wurde, informierten und präsentierten sich zum vierten Mal in Folge europäische Institutionen und die Hauptakteure aus dem Bereich Nachhaltige Energie auf der „European Sustainable Energy Week“ (EUSEW). In

Brüssel bot die Veranstaltungsreihe in diesem Jahr den Rahmen für mehr als 80 hochkarätige Veranstaltungen. Europaweit fanden zur gleichen Zeit mehr als 200 Veranstaltungen zum Thema statt - mit dem Ziel, neue und nachhaltige Energieformen im europäischen Raum zu stärken.

Das Besondere am Konzept der EUSEW besteht in der Möglichkeit des direkten Austauschs zwischen weltweit organisierten Unternehmen, Vertretern aus der Politik und regierungsunabhängigen Organisationen und Personen. Zusätzlich sind die Veranstaltungen auch für Interessenten der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Die EUSEW soll auf diesem Wege dazu beitragen, die energiepolitischen Ziele der Europäischen Union in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieträger, Energieeffizienz, umweltfreundlicher Verkehr und alternative Brennstoffe voranzutreiben bzw. zu verwirklichen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den neuen Energiekommissar Günther Oettinger, der die Schaffung einer nachhaltigen Wirtschaft auch unter energetischen Gesichtspunkten als das herausragende Ziel seiner künftigen Arbeit betrachtet. Zunächst gehe es dabei primär um die Umsetzung der auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien sowie um den Austausch diesbezüglicher „best practices“. Weiterhin müsse der geltende Aktionsplan zur Energieeffizienz einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen komme es darauf an, die Belastbarkeit der Budgets der Verbraucher zu beachten und im Gebäudesektor Finanzierungsmaßnahmen zur Umsetzung anzuschieben. Ferner sollten bei der Anwendung erneuerbarer Energien sämtliche Marktebenen berücksichtigt und in den Prozess integriert werden. Bestehende administrative Barrieren müssen zudem abgebaut werden. Die Kommission setze dabei vorrangig auf markt-basierte Instrumente, wie z.B. Energiesteuern und grüne, öffentliche Auftragsvergaben.

Der Vorsitzende des Energieausschusses des Europäischen Parlaments, Herbert Reul, plädierte auf der EUSEW für einen ausgewogenen Energiemix, dem jedoch einige Grenzen gesetzt sind. Bevor

man über neue Vorschläge nachdenke, müsse zunächst evaluiert werden, wie die bisherigen Maßnahmen umgesetzt wurden. Zudem müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt und die Nutzung erneuerbarer Energien durch zusätzliche, positive Anreize gefördert werden.

Die Überarbeitung der Gebäuderichtlinie stand in einigen Veranstaltungen im Vordergrund. So berichtete Pirjo-Liisa Koskimaki, Leiterin der Abteilung Energieeffizienz in der Kommission, in diversen Fachforen über die Inhalte der neuen Richtlinie und stellte sich den kritischen Fragen der breitgefächerten Zuhörerschaft. Vielfach machte Sie deutlich, dass die Gebäuderichtlinie keine Sanierungspflicht beinhaltet, sondern lediglich dazu führe, dass Sanierungen nicht nur unter rein wirtschaftlichen, sondern auch nachhaltig energetischen Betrachtungen durchgeführt werden müssen. Im Bereich vermieteter Wohnimmobilien, so ihre Kritik, sei jedoch gerade die Wirtschaftlichkeit ein wesentlicher Bestandteil der Investitionsentscheidung. Zu hohe Anforderungen führen allein dazu, dass Investitionen in den Gebäudebestand zurückgestellt werden. Nach dem Abgleich der überarbeiteten Gebäuderichtlinie mit dem Reformvertrag von Lissabon kann die erste Lesung der neuen Richtlinie im Parlament vorgenommen werden.

Weiteres Top Thema der EUSEW 2010 war das sogenannte „Smart-Metering“. Unter Zuhilfenahme moderner Informations- und Kommunikationstechnik sind diese intelligenten Stromzähler in der Lage (im Gegensatz zu herkömmlichen Stromzählern) genaue Details zu Stromverbrauch und -abrechnung zu liefern. In Europa gibt es mittlerweile zahlreiche Pilotprojekte, die bewiesen haben, dass diese Mikrotechnologie gleichermaßen für Stromanbieter sowie Verbraucher von Nutzen ist. Um einen einheitlichen Standard in europäischen Haushalten zu erzielen und damit einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu leisten, müssen jedoch noch erhebliche Unterschiede in den einzelnen europäischen Märkten bewältigt werden.

Neben dem „Smart Metering“ wurde auch die neue EU-Initiative „Smart Cities“ thematisiert, die Voraussetzungen dafür schaffen soll, dass energieeffi-

ziente Technologien vom Massenmarkt übernommen werden. Die Initiative unterstützt Städte mit ehrgeizigen Plänen und solche in einer Vorreiterrolle (z. B. Städte, die im Bürgermeisterkonvent vertreten sind), die ihre Gebäude, Energienetze und Verkehrssysteme zukunftsfähig machen und so Konzepte und Strategien für den Übergang zu einer Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen demonstrieren. Die Initiative solle 2011 gestartet werden. Insbesondere solle die Nachfrageseite von Energie einbezogen werden. Die Kommission wolle dabei nicht leiten, sondern prozessbegleitend agieren. Es stehe zwar eine Politikvision dahinter, aber diese solle „bottom-up“ gestaltet werden. Die Initiative soll von der Industrie und Wirtschaft getragen werden.

Videoaufnahmen der Veranstaltungen finden Sie auf der Webseite [EUSEW](#). (ga/sc/ry)

Gebäuderichtlinie in deutscher Sprache veröffentlicht

Nach dem Abgleich der bereits im November 2009 ausgehandelten überarbeiteten Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden mit dem neuen Lissabonvertrag, ist die Gebäuderichtlinie in der Fassung des Rates nunmehr am 7. April 2010 im Internet veröffentlicht worden und unter nachfolgendem [Link](#) abrufbar. Sie wird am 19. April. nochmals in einer außerordentlichen Sitzung im Energieausschuss des EP verabschiedet. Die Verabschiedung im Plenum des EP wird voraussichtlich im Mai stattfinden. (ga)

Weißbuch zum Klimawandel im Parlament behandelt

Am 19. April 2010 hat das Europäische Parlament das im April 2009 von der Kommission vorgelegte Weißbuch zum Klimawandel behandelt. In diesem Aktionsrahmen war u.a. auch die „Prüfung der Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Wassereffizienz in der Landwirtschaft, in Haushalten und Gebäuden“ vorgeschlagen worden. Die Kommission wird prüfen, ob Normen der in der Landwirtschaft, in Privathaushalten und in Gebäuden verwendeten Wasseranlagen sowie die Wassernutzung strenger reguliert werden müssen.

Der Bericht des zuständigen Berichterstatters im Umweltausschuss, Vittorio Prodi, formuliert hierzu u.a.: Der Ausschuss

- betont, dass durch eine effizientere Wasserbewirtschaftung eine große Menge Wasser in der EU eingespart werden könnte;
- betont, dass sichergestellt werden muss, dass im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Baugenehmigungen und Stadtentwicklungsplänen verschiedene Anpassungsszenarien berücksichtigt werden;
- betont, dass dem Klimawandel und insbesondere Anpassungsmaßnahmen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt und sichergestellt werden sollte, dass die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden;
- fordert, dass bei der künftigen Reform der Strukturfonds dem Klimawandel und insbesondere der Anpassung Priorität eingeräumt wird. (ga)

Konsultation zum europäischen Normungssystem

Im Zuge der Unionspolitik für eine bessere Rechtsetzung in Europa veranlasst die Europäische Kommission eine Überprüfung des europäischen Normungssystems (ESS), welches durch die freiwillige Kooperation verschiedener Parteien von verschiedenen Wirtschaftszweigen bis hin zu öffentlichen Behörden charakterisiert ist.

Das ESS ist ein System, um die Relevanz des europäischen Einflusses auf globalen Märkten sicher zu stellen, eine effiziente Arbeitsweise zu gewährleisten und den nachgewiesenen Nutzen eines einheitlichen Systems zu vergrößern. Die wichtigsten Interessenvertreter kleiner und mittelständischer Unternehmen, größerer Kernsektoren sowie gesellschaftliche und politische Entscheidungsträger vereinen sich hier in einem koordinierten System zur Stützung sozialer und wirtschaftlicher Prozesse in Europa.

Die Expertengruppe EXPRESS arbeitete bereits 2009 an einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung des ESS. Besonders im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung und die Rolle Europas in diesem Prozess, die zunehmende Konvergenz von Technologien, die steigenden Ansprüche der Gesellschaft und Probleme wie Klimaänderung, Energiemanagement und nachhaltige Entwicklung haben auch die Europäischen Normungsorganisationen parallel zur EXPRESS ein Programm entwickelt: „Future Landscape of European Standardisation“ (künftige europäische Normungslandschaft). Zusätzlich sollen mit Hilfe einer öffentlichen Konsultation die bisherigen Erfolge, Anregungen und Probleme evaluiert werden. Die Konsultation soll weiterhin eine Abschätzung ermöglichen, inwiefern Dienstleistungen genormt werden müssen, welche Maßnahmen durchgeführt werden müssen um Normen besser nutzbar zu machen und wie die Einbindung von Verbraucher- und Umweltorganisationen, von Gewerkschaften, Sozialpartnern und KMU in den Normungsprozess verbessert werden kann.

Die Konsultation läuft bis 21. Mai 2010. Nähere Informationen sowie die Möglichkeit der Beteiligung erhalten Sie über folgenden [Link](#). (sc)

Konsultation zum Statut der Europäischen Gesellschaft eingeleitet

Das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) bietet Unternehmen, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, die Möglichkeit, ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten unter einem einheitlichen europäischen „Label“ zu reorganisieren. So können sie innerhalb eines stabilen rechtlichen Rahmens operieren, ihre durch die Tätigkeit in mehreren Ländern bedingten internen Kosten reduzieren und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt stärken. In einigen Mitgliedstaaten erfreut sich die SE großer Beliebtheit, in anderen hingegen ist sie weniger erfolgreich. Um in Erfahrung zu bringen, ob Änderungen erforderlich sind und ob die Funktionsweise des SE-Statuts verbessert werden muss, hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Nach der SE-Verordnung hat die Kommission fünf Jahre nach Inkrafttreten einen Bericht über die praktische Anwendung und gegebenenfalls Vorschläge für Änderungen vorzulegen. Um eine solide Faktengrundlage für den Bericht zu schaffen, hat die Kommission im Dezember 2008 eine externe Studie in Auftrag gegeben, zu der sie nun um Stellungnahmen der Interessengruppen bittet.

Die eingehenden Antworten wird die Kommission in ihrem demnächst zu erstellenden Bericht über die Europäische Gesellschaft berücksichtigen. Darüber hinaus wird am 26. Mai 2010 eine hochrangig besetzte Konferenz zu dem Thema stattfinden, auf der die künftige Entwicklungsrichtung diskutiert wird. Beiträge im Rahmen der Konsultation sind bis zum 23. Mai 2010 einzureichen. Zweck der Konsultation ist es, die Ergebnisse der externen Studie zu prüfen und Informationen zu bestimmten, für eine Bewertung des SE-Statuts relevanten Aspekten einzuholen. Dabei wird es um Anreize und Hinderungsgründe für die Errichtung einer SE, Haupttrends hinsichtlich der derzeitigen Verteilung von SEs in den EU/EWR-Mitgliedstaaten, praktische Probleme, auf die Unternehmen bei der Gründung und beim Betrieb einer SE stoßen, und Möglichkeiten für eine Verbesserung des derzeitigen Rechtsrahmens gehen. (ga)

Bericht zur Umsetzung der Europäischen Kohäsionspolitik veröffentlicht

93 Mrd. Euro oder 27 % der EU-Fördergelder flossen in den letzten drei Jahren in Investitionsprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa, wie aus einem Bericht über die EU-Kohäsionsprogramme im Zeitraum 2007-2013 hervorgeht. In dem Bericht wurde erstmals bewertet, in welchem Maße die einzelnen Länder die vereinbarten EU-Ziele erreicht und wie sehr die einzelnen Mitgliedstaaten ihre Programme an die EU-Ziele zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum angepasst haben. Er trägt somit zu einer offenen Debatte über die Erfolge und noch ausstehenden Aufgaben der kohäsionspolitischen Programme bei.

Der Bericht der Kommission stützt sich auf die nationalen Berichte der 27 Mitgliedstaaten und vermittelt wichtige, aktuelle Aussagen über das Potenzial der Strukturfonds, die Überwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen. Er dient als Beobachtungsinstrument, mit dem festgestellt werden kann, in welchen Investitionsbereichen eingegriffen werden muss, um eine raschere Auswahl und Durchführung der Projekte zu erreichen, die im Programmplanungszeitraum 2007-2013 kofinanziert werden.

Der Großteil der im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von rund 230 Mrd. Euro ist für Investitionen in den zentralen Bereichen der Agenda für Wachstum und Beschäftigung vorgesehen. Der Bericht lässt zwar erkennen, dass in wichtigen Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Innovation, lebenslanges Lernen und aktive Arbeitsmarktpolitik gute Fortschritte erzielt wurden, macht jedoch gleichzeitig deutlich, dass mehr getan werden sollte, um die Durchführung der Projekte im Eisenbahnsektor, in der digitalen Wirtschaft, zur Förderung der sozialen Integration sowie zur Tüchtigung wichtiger Energie- und Umweltinvestitionen zu verbessern. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf diese prioritären Bereiche zu konzentrieren und gegebenenfalls Aktionspläne zu entwickeln, um die Verspätungen aufzuholen.

Trotz der deutlichen Verschlechterung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen 2007 und 2009 attestiert der Bericht den Ländern ein engagiertes Eintreten für die Umsetzung der zu Programmbeginn gesteckten Ziele. Der Bericht stellt eine klare Verbindung zwischen der Durchführung der Programme und der Umsetzung der Ziele der Strategie „EU 2020“ dar: Verbesserung der Innovationsleistung und Schaffung einer intelligenteren, umweltfreundlicheren und stärker auf soziale Integration ausgerichteten Wirtschaft.

Allerdings hat sich die globale Wirtschaftskrise deutlich auf die Umsetzung der Programme ausgewirkt. In vielen der nationalen Berichte wird die Krise als einer der wesentlichen Faktoren angeführt, die bei der Erfüllung der Zielvorgaben zu Komplikationen geführt haben. Deshalb wurden einige Änderungen vorgenommen, damit die Programme besser auf die durch die Krise verursachten Probleme ausgerichtet werden konnten. Viele Mitgliedstaaten haben sich ferner dafür entschieden, den in ihren Programmen enthaltenen Spielraum zu nutzen, um die Prioritäten gegebenenfalls neu zu bewerten und neuen Bedürfnissen von Unternehmen sowie Langzeit- und anderen Arbeitslosen Rechnung zu tragen.

Weitere Informationen unter folgendem [Link](#). (ga)

Neue Evaluierung der Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2000-2006 veröffentlicht

Am 8. April 2010 wurden neue Evaluierungsergebnisse der Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2000 bis 2006 veröffentlicht.

Die Generaldirektion Regionalpolitik hatte bereits eine Reihe von Ex-post-Bewertungen über verschiedene Aspekte der Politik, die durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung kofinanziert werden, durchgeführt. Nun wurden die Abschlussberichte für die Bereiche Verkehr und Umwelt vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse machen deutlich, dass während des Programmplanungszeitraums 2000 bis 2006 34 Mrd. Euro in den Verkehrssektor investiert wurden und zum Bau von 2.000 km Autobahn und 4.000 km Schiene beigetragen haben. Dies stellt 24 % des ge-

samten Autobahnbaus in der EU dar und entspricht 13 % des Baus aller Hochgeschwindigkeitsstrassen. Über 20 Mio. Einwohner profitierten von Abwasserprojekten und zusätzlich 14 Mio. Haushalte wurden an die Trinkwasserversorgung angeschlossen.

Die abschließenden ex-post-Bewertungen der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG und URBAN haben ebenfalls begonnen. Die Ergebnisse werden in diesem Jahr erwartet.

Die Berichte zur Evaluierung sind unter [Kohäsionspolitik](#) abrufbar. (ry)

EU-Regionalpolitik: eine Investition in die Regionen

Die künftige Regionalpolitik solle auch weiterhin alle Regionen umfassen. Mit diesen Worten brachte der EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, in einem Interview mit dem Ausschuss der Regionen, seine Vision einer Strukturpolitik nach 2013 auf den Punkt. Es gehe um Investitionen, nicht um Wohltätigkeit in die Regionen, die wir alle wieder zurückbekommen. Dabei müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie wir mit den sogenannten "Übergangsregionen" umgehen wollen. Wir müssen aber auch sehen, dass es von der Bevölkerungsanzahl her ungefähr gleich viele Regionen gibt, die ebenso in diese Kategorie von 75 bis 100 % des EU-Durchschnitts-BIP fallen, die bisher aber anders behandelt wurden als jene, die von unterhalb der 75 % gekommen sind. Im Sinne des integrierten Ansatzes gelte es, einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Regionalpolitik inhaltlich aussehen solle. Das Video des Interviews ist unter folgendem [Link](#) abrufbar. (ga)

Investitionsförderung von Städten und Regionen durch EIB

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) rechnen damit, dass die im Dezember geschaffene ELENA-Fazilität (European Local Energy Assistance) 2010 Projekte im Wert von mehr als 1 Mrd. Euro im Bereich der Energie-

effizienz und der erneuerbaren Energien unterstützen wird (wir berichteten im EU-Info Ausgabe Dezember 2009). Eine erste Vereinbarung mit der Provinz Barcelona soll im April unterzeichnet werden, hieß es bei der Eröffnung der EU-Woche für nachhaltige Energie in Brüssel. Die EIB führt zurzeit detaillierte Diskussionen mit 16 weiteren Städten oder Regionen über deren Investitionspläne zur Verbesserung der Energieeffizienz und für den Ausbau erneuerbarer Energien.

Obwohl auf städtische Gebiete rund 70 % des Energieverbrauchs der EU entfallen, bleibt das Potenzial für Investitionen in nachhaltige Energie größtenteils ungenutzt. Die ELENA-Fazilität soll Städte und Regionen bei der Erschließung dieses Potenzials unterstützen, indem sie technische Hilfe leistet, damit Projekte möglichst effizient strukturiert und durchgeführt werden, sodass diese Zugang zu Finanzmitteln von lokalen Banken oder anderen Quellen, etwa der EIB, erhalten. Die technische Hilfe wird aus dem Programm „Intelligente Energie – Europa II“ (IEE) finanziert. Mehr als 200 Städte oder Regionen haben bereits konkrete Informationen über das Programm angefordert. (ga)

Debatte über europäische Makroregionen im Ausschuss der Regionen

Am 13. April 2010 fand im Ausschuss der Regionen ein internationales Forum über die neue EU-Strategie der Makroregionen statt. Diese bot den über 300 teilnehmenden Politikern und Experten die Gelegenheit, mit EU-Kommissar Hahn eine gemeinsame Debatte über Möglichkeiten, Grenzen und Mehrwert des neuen Modells zu führen.

Nach der Annahme der EU-Strategie für den Ostseeraum im Oktober 2009 wird die Europäische Kommission gegen Ende des Jahres einen Entwurf für die vom Ausschuss der Regionen eingeforderter Donaustategie vorlegen. Diese beiden Strategien gelten als „Pilotprojekte“ für den neuen makroregionalen Ansatz, mit dem Schwerpunkte für europäische Großregionen und konkrete Projekte für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf EU-Ebene festgelegt werden.

Hahn sagte: „Ein integrierter Ansatz mit koordinierten Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen wird zu besseren Ergebnissen führen als vereinzelte Initiativen.“ Allerdings, dürfen mit dem Konzept keine neuen administrativen Ebenen geschaffen werden. Zudem verneinte er eine zusätzliche Allokation von Mitteln für die entstehenden funktionalen Räume. Das Konzept solle vielmehr als interregionales Netzwerk betrachtet werden, das die Möglichkeit bietet, Akteure aus Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft zu integrieren und die bereits vorhandenen Mittel effektiver zu nutzen.

Bereits im Vorfeld betonte die Vorsitzende des Ausschusses für Regionalentwicklung des Europäischen Parlaments, Danuta Hübner, das Konzept der Makroregionen an vorderster Linie über die zukünftige Gestaltung der EU Struktur- und Kohäsionspolitik einzubringen. (ry)

EuGH-Urteil: Öffentliche Grundstücksveräußerungen von der Vergaberichtlinie ausgenommen

Mit einem Urteil vom 25. März 2010 im Vorentscheidungsersuchen des OLG Düsseldorf kommt der EuGH zu dem Ergebnis, dass der Verkauf von Grundstücken durch öffentliche Stellen an private Investoren auch dann nicht ausschreibungspflichtig ist, wenn er im Rahmen städtebaulicher Vorgaben einer Gebietskörperschaft erfolgt. Der Verkauf eines bebauten oder unbebauten Grundstücks an ein Unternehmen durch eine öffentliche Stelle ist nach Auffassung des EuGH kein öffentlicher Bauauftrag im Sinne der Vergaberichtlinie. Für den Fall eines sog. zweistufigen Vergabeverfahrens, bei dem nach dem Verkauf eines Grundstücks später ein öffentlicher Bauauftrag erfolgt, wird die Anwendung der Vergaberichtlinie nicht grundsätzlich ausgeschlossen. In diesem Fall können beide Vorgänge als Einheit bewertet werden.

Weitere Informationen über [EuGH-Rechtsprechung](#) Aktenzeichen C-451/08. (ga)

Stellungnahme der deutschen Kreditwirtschaft zur CRD IV Konsultation

Die EU-Konsultation zur Novellierung der Bankenrichtlinie endete am 16. April 2010 (zum Inhalt, s. Bericht Ausgabe März 2010). In ihrer Stellungnahme hat die deutsche Kreditwirtschaft (Zentraler Kreditausschuss, ZKA) ihre Bedenken zu etlichen Änderungsvorschlägen der EU-Kommission zum Ausdruck gebracht, die sich nicht zuletzt auch für die Immobilienfinanzierung als problematisch erweisen können.

Hierzu zählt zunächst die Einführung einer ‚Leverage Ratio‘. Hierbei handelt es sich um eine Schuldenobergrenze, bei der die Bilanzsumme und die außerbilanziellen Geschäfte ein bestimmtes Verhältnis zum Eigenkapital nicht überschreiten dürfen. Aus Sicht der deutschen Kreditwirtschaft würde die Einführung einer solchen Kennziffer insbesondere auf jene Kreditinstitute massive Auswirkungen haben, deren Geschäftsaktivitäten nach den Regelungen von Basel II wegen des geringen Risikogehalts der Aktiva mit geringerem Eigenkapital unterlegt werden müssen. Kreditinstitute mit risikoarmen Geschäftsaktivitäten würden dadurch genauso behandelt werden, wie solche mit erheblich höheren Kreditrisiken im Darlehensgeschäft. Pfandbriefbanken wären besonders betroffen, da sie, gemessen an ihrem Eigenkapital, vergleichsweise große Bilanzsummen haben.

Da mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Kreditvergabepraxis und das Geschäftsmodell von Staatskreditgebern und Immobilienfinanzierern zu rechnen ist, hat sich die deutsche Kreditwirtschaft mit Nachdruck gegen die Einführung einer ‚Leverage Ratio‘ ausgesprochen.

Sodann sollen Kreditinstitute zukünftig verpflichtet werden, Liquiditätsreserven aus hoch qualitativen Aktiva zu bilden. Die deutsche Kreditwirtschaft lehnt jedoch die Vorgabe der EU-Kommission ab, dass nur Barbestände, Zentralbankguthaben und qualitativ hochwertige Anleihen öffentlicher Schuldner ausreichend liquide sind und die hohen qualitativen Anforderungen erfüllen. Eine solche enge Sichtweise wird den Bedürfnissen der Kreditinstitute sowie der Kapitalmärkte nicht gerecht, zumal die durch eine solche Regelung ausgelöste

Nachfrage nach entsprechenden Wertpapieren vom Kapitalmarkt nach einer ersten Einschätzung kaum gedeckt werden könnte.

Daher wird gefordert, auch Pfandbriefe und pfandbriefähnliche Produkte (Covered Bonds) als qualitativ hochwertige und liquide Vermögenswerte für die Liquiditätsreserven anzuerkennen. Immerhin stellen Covered Bonds mit einem Umlauf von knapp 2.500 Mrd EUR nach dem Markt für Staatsanleihen das zweitgrößte Segment auf dem weltweiten Rentenmarkt dar. Sie werden von der Kreditwirtschaft schon lange als etabliertes und zuverlässiges Instrument zur Liquiditätsanlage und Risikodiversifizierung genutzt und haben sich auch als krisenfest erwiesen.

Schließlich soll die Inanspruchnahme der günstigen 50 %-Gewichtung des gewerblichen Realkredits nach den Vorstellungen der EU-Kommission im Rahmen einer Maximalharmonisierung verschärft werden, indem deren Nutzung künftig von sog. Hard Tests, also der Einhaltung bestimmter Verlustobergrenzen, abhängig gemacht wird. Damit würden die Hard Tests - anders als heute - zum k.o.-Kriterium für die Privilegierung.

Hypothekarkreditmärkte sind eng mit den Charakteristika der nationalen Immobilienmärkte verbunden. Konjunkturzyklen, Strukturen und Funktionsweise der nationalen Immobilienmärkte weisen teilweise fundamentale Unterschiede von Land zu Land auf. Der deutsche Gewerbeimmobilienmarkt verfügt nachgewiesenermaßen über eine hohe Stabilität, nicht zuletzt aufgrund der auf Langfristigkeit ausgelegten Finanzierungsstrukturen.

Daher fordert die deutsche Kreditwirtschaft, dass bei den Voraussetzungen für das privilegierte Risikogewicht für Hypothekarkredite ein Mindestmaß an nationalem Beurteilungsspielraum erhalten bleiben muss, der nicht von Hard Tests abhängig gemacht werden darf. Hierbei wird auch darauf hingewiesen, dass der gewerbliche Realcredit für die Finanzierung des Mittelstands hierzulande eine herausragende Bedeutung hat.

Am 26. April 2010 veranstaltet die EU-Kommission in Brüssel eine öffentliche Anhörung zu diesen Themen. Die ZKA-Stellungnahme ist via Internet abrufbar (www.zka-online.de) (kä)

APRIL 2010: AKTUELLES AUS DER FÖRDERLANDSCHAFT / VERANSTALTUNGEN

Projektaufruf für Förderprogramm Intelligente Energie für Europa 2010

Die Kommission hat am 23. März 2010 zur Einreichung von Projektanträgen im Rahmen des Förderprogramms „Intelligente Energie- Europa“ aufgerufen. Das Programm ist ein Element der Energiepolitik für Europa und stützt unter anderem die Ziele des Aktionsplans Energieeffizienz und der Richtlinie zur Förderung der Energienutzung aus erneuerbaren Energien.

Das Programm soll dazu beitragen, nachhaltige und bezahlbare Energie für Europa durch folgende Maßnahmen zu sichern:

- Verbesserung von Energieeffizienz und rationelle Verwendung der Energie, insbesondere in Gebäuden und in der Bauwirtschaft (SAVE),
- Entwicklung von neuen und erneuerbaren Energien (ALTENER) sowie
- Unterstützung der Diversifizierung der Energieversorgung, Förderung von Energieeffizienz und Verwendung von erneuerbaren Energiequellen im Verkehr (STEER).

Die Förderung richtet sich an juristische Personen, private wie öffentliche, mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU, in Norwegen, Island, Liechtenstein und Kroatien. Die Anträge müssen von einem Team bestehen aus mind. drei unabhängigen Unternehmen mit Sitz in verschiedenen Teilnehmerländern eingereicht werden. Die für das Programm zur Verfügung stehenden Gesamtmittel belaufen sich auf 56 Mio. Euro. Je Projekt können bis zu 75% der förderfähigen Projektkosten über das Programm finanziert werden.

Zu den Förderprioritäten 2010 gehören u.a.:

- Maßnahmen zur Erhöhung der Betriebseffizienz von Gebäuden, die nicht zu Wohnzwecken dienen. Hierbei kann es sich z.B. um kostenlose Maßnahmen bzw. Maßnahmen mit geringen Kosten, eine effektive Auftragsvergabe oder einen besseren Betrieb mit besserer Wartung handeln.

- Alternativ dazu werden Maßnahmen zur Verbesserung des Energiemanagements in Mehrfamilienhäusern (z.B. Immobilien im Miteigentum, verwaltete Wohnungen) ebenfalls berücksichtigt)
- Maßnahmen zur unmittelbaren Sensibilisierung einzelner Verbrauchergruppen für Themen, die unter die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden fallen.

Vorrang haben Maßnahmen, bei denen die aktive Beteiligung von Marktmultiplikatoren (z. B. Vereinigungen, Verbänden) und eine hohe Wirkung aufgezeigt werden.

Konkrete Informationen finden Sie unter [IEE](#). (ga/sc)

INTERREG IV B: Neuer Projektaufruf für den Kooperationsraum „Mittleuropa“

Bis zum 7. Mai 2010 ist im Rahmen des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ INTERREG IV B im Kooperationsraum Mittleuropa ein neuer Projektaufruf geöffnet. Im INTERREG Kooperationsraum Mittleuropa stehen für die Förderperiode 2007-2013 231 Mio. Euro Fördergelder bereit. In der nun dritten Antragsrunde stehen 60 Mio. Euro zur Verfügung.

Bewerben können sich Körperschaften des öffentlichen Rechts, private Einrichtungen und Organisationen, die ein Partnerkonsortium bilden, das aus mindestens drei verschiedenen Ländern, davon zwei aus dem Kooperationsraum Mittleuropa, besteht. Weitere Informationen zum Programm und Bewerbungsunterlagen unter [CENTRAL EUROPE](#). (ry)

APRIL 2010: AKTUELLES AUS DER FÖRDERLANDSCHAFT / VERANSTALTUNGEN

Bewerbungsauf Ruf „RegioStars-Award 2011“

Bis zum 16. Juli 2010 können sich regionale und nationale Gebietskörperschaften für den „RegioStars-Award 2011“ bewerben. Der von der Generaldirektion Regionalpolitik ausgelobte Preis würdigt geförderte good-practice Beispiele aus den Bereichen „wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit“, „kohlenstoffarme Industrie“ und „Information und Kommunikation“. Der Bereich „kohlenstoffarme Industrie“ ist eine sogenannte City-Star Kategorie, in der sich Projekte zur Förderung nachhaltiger Energie und integrierter und sauberer Transportsysteme in Städten bewerben können.

Weitere Informationen und Antragsunterlagen unter [RegioStars-Award 2011](#). (ry)

ESPON: Ankündigung Projektausschreibungen und Informationstag in Brüssel

Für den 3. Mai 2010 wurde ein neuer Projektauftrag im Rahmen von ESPON angekündigt. ESPON ist ein Forschungsnetzwerk zur Beobachtung der europäischen Raumentwicklung. Es soll vergleichbare Informationen, Aussagen, Analysen und Szenarien über die Entwicklung von Städten, Regionen und auch größeren Gebieten in Europa liefern.

Das Programm wird vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) unter dem Ziel 3 für „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ kofinanziert. Teilnehmen können die 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

Am 18. Mai 2010 wird in Brüssel ein Informationstag organisiert, auf dem über ESPON und den nächsten Projektauftrag informiert wird. Der Infotag ist gleichzeitig mit einer Projektpartnerbörse verbunden.

Weitere Informationen unter [ESPON](#) und [Informationstag](#). (ry)

Konferenz „Mutual Learning on social and housing exclusion“

Am 5. und 6. Mai 2010 findet in Brüssel eine Konferenz der Europäischen Kommission zum Thema „Mutual Learning on social and housing exclusion – Implementing the active inclusion strategy“ statt. Auf dieser Konferenz sollen zwei Strategien zur Bewältigung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Bezug auf das Wohnen diskutiert werden. Weitere Informationen unter folgendem [Link](#). (ga)

Lesung in Brüssel zum Wohnen im Alter

Am 26. Mai 2010 findet die dritte Lesung des European Housing Forums mit dem Thema „I don't want to leave my house! Housing Requirements for an aging generation“ in Brüssel statt. Vortragende wird Frau Ingrid Matthäus-Maier, ehemaliges MdB und ehemalige Vorstandssprecherin der KfW, sein. Das European Housing Forum setzt sich aus Mitgliedern europäischer und internationaler Organisationen zusammen, die mit dem Thema Wohnen betraut sind und diskutiert aktuelle Herausforderungen in diesem Bereich.

Die Lesung thematisiert die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung im Hinblick auf die Wohnanforderungen. Anmeldung und weitere Informationen unter folgendem [Link](#). (ry)